

Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge

Verantwortlicher Redakteur: Dr. phil. jur. h. c. h. Dr. phil. jur. h. c. h. Dr. phil. jur. h. c. h. Dr. phil. jur. h. c. h. Dr. phil. jur. h. c. h.

Redaktion: Durch unsere Redaktion sind die Sammelblätter des Monats, die der Geschäftsstelle abgegeben werden, monatlich 1. des Monats, bei der Post bestellbar monatlich 1. des Monats, monatlich 2. des Monats. Die Geschäftsstelle befindet sich in der Reichsstraße 100 in Chemnitz. Die Geschäftsstelle ist durch einen Vertreter vertreten, der die Geschäftsstelle in der Reichsstraße 100 in Chemnitz. Die Geschäftsstelle ist durch einen Vertreter vertreten, der die Geschäftsstelle in der Reichsstraße 100 in Chemnitz.

Das Wichtigste vom Tage.

Die Russen für eine amerikanische Vermittlung in der Reparationsfrage scheinen wenig günstig zu sein.

Im Unterhaus erklärte Lloyd George, wenn die deutschen Vorschläge nicht genügend seien, wäre man zu einer gemeinsamen Aktion verpflichtet, jedoch nur insoweit, als diese Aktion die Kohlengebiete Westfalens betreffe.

Die Frist zur Einreichung der Einkommensteuererklärungen ist durch eine Verfügung des Reichsministers der Finanzen bis zum 15. Mai verlängert worden.

Die englischen Bergarbeiter haben das Angebot der Regierung abgelehnt.

Die Aufnahme der deutschen Note.

Während aus Amerika ein milder Wind weht, der gewisse Hoffnungen speisen läßt, während man sich in London nach den vorliegenden Presse-meldungen vorerst abwartend verhält, sind die Äußerungen der Pariser Presse so, wie sie erwartet werden mußten, nämlich ablehnend. Nach diesen Äußerungen soll das deutsche Angebot nichts Neues gebracht haben. Das deutsche Angebot wird überhaupt in den Hintergrund gedrückt gegenüber anderen Forderungen, die im Augenblick wichtiger erscheinen. Wir erleben jetzt, was man bereits voraussehen konnte. Wer nur einigermaßen die Psyche der französischen Presse kannte, und wer nur einigermaßen über die politischen Strömungen in Frankreich unterrichtet war, der wußte, daß die Folge eines deutschen Angebotes, das eine annehmbare Verhandlungsbasis darstellte, der Schrei nach Garantien war. Bieten wir Garantien, so wird uns immer entgegengehalten werden, daß wir zu wenig bieten, und neben der Garantieforderung ist es besonders die Frage der Vorleistungen, die heute den politischen Ton bestimmt. Jetzt kommt Frankreich her und fordert, daß wir bis zum 1. Mai zwölf Milliarden zahlen sollen. Man weiß natürlich sehr genau, daß kein Land der Welt in einem Augenblick solche Summen zahlen kann. Nicht wir, sondern die Reparationskommission hat die Frage der Vorleistungen zu einer Krise reifen lassen. Seit vielen Monaten schon bemühen wir uns, Klarheit über diese Frage zu erhalten. Die Reparationskommission hat zwar behauptet, daß wir nicht zögern, sondern nur acht Milliarden Vorleistungen gemacht hätten. Sie hat es aber unterlassen, für ihre Behauptungen auch Beweise anzugeben. Trotzdem die deutsche Kriegslastenkommission immer wieder die Einzelheiten der Verrechnung der geleisteten Werte gefordert hatte, ist ihre Antwort nicht zugegangen. Bei dieser Frage geht es auch darum, festzustellen, was von den Vorleistungen bei der Reparationssumme in Abzug gebracht werden darf. Auch hier sind lange Verhandlungen gepflogen worden, die bisher noch nicht zu einem befriedigenden Abschluß gebracht worden sind. So ist es z. B. ein unhaltbarer Zustand, wenn die Werte für die Liebereignung der Saargruben nicht als abzugsberechtigt eingestuft werden. Klarheit besteht auch nicht über die Folgen des Artikels 235. Während nach deutscher Auffassung für die an 20 Milliarden fehlende Summe statt der bisher ausgegebenen unverzinslichen Bauschuldenscheine ausgegeben werden müssen, droht die Reparationskommission mit den Sanktionen. Wir sehen also, daß die Krise noch nicht beigelegt ist, selbst wenn Verhandlungen über das deutsche Angebot zustandekommen sollten.

Das Auswärtige Amt zur Lage.

Gegenüber Pariser Drängungen, die bereits eine Entscheidung Amerikas melden, kann festgestellt werden, daß im deutschen Auswärtigen Amt noch keine weiteren Nachrichten aus Washington eingetroffen sind. Amtlich wird bestätigt, daß der englische Botschafter bei dem Außenminister Simons vorgeschrien und ihn um Aufklärung über gewisse Punkte gebeten hat. Uebersetzungsfehler scheinen einige Mißverständnisse verursacht zu haben, so besonders in Punkt 1 in bezug auf das Wort Gegenwärtig. Diese Mißverständnisse sind durch eine Rückfrage des Herrn Dreitel beseitigt worden. In Kreisen des Auswärtigen Amtes weist man gegenüber der Stellungnahme der Pariser Presse darauf hin, daß das neue deutsche Gegenangebot eine Reihe von Möglichkeiten umfasse und durchaus nicht einseitig festgelegt sei. Es gehöre schon ein schlechter Wille dazu, um nicht wenigstens eine Verhandlungsbasis für weitere Verhandlungen zu bieten.

Ein noch höheres deutsches Angebot?

Wie die Russische Zeitung zu wissen glaubt, habe Lord Aberdeen den Eindruck mit auf die Reise genommen, daß die währenden deutschen Kreise geneigt seien, die Vorschläge Deutschlands einer neuen eingehenden Durchsicht zu unterziehen, um eine Einigung mit den Amerikanern zu ermöglichen.

Deutsche Geschäftserfolge in England.

Daily Chronicle zufolge sind vier deutsche Gewerkschaften, Graßmann, Que, Dittmann und Silber-Schmidt, in London eingetroffen, um mit hervorragenden Politikern und Arbeiterführern über die Reparationsfrage und den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete zu beraten.

Lord George bezaubert.

Im Unterhaus erklärte Lloyd George, er bedauere sehr, daß die deutschen Reparationsvorschläge durchaus nicht zufriedenstellend seien. Es würden gegenwärtig mit den anderen Vorschlägen zugleich von den Finanzsachverständigen aller Alliierten sehr sorgfältig geprüft. Zur Frage der Befreiung des Ruhrgebietes sagte der Premierminister, er zweifle daran, daß die Entscheidung des Obersten Rates vor Montag oder Dienstag fallen könne.

Was macht Amerika?

Times melden aus Washington, daß aller Grund zu der Annahme bestehe, daß die Vereinigten Staaten der deutschen Regierung mitteilen werden, die deutschen Vorschläge berechneten nicht zu einer Uebermittlung an die Alliierten; man habe somit keinerlei Hoffnung, daß die militärischen Maßnahmen der Alliierten gegen Deutschland verhindert werden können. Demgegenüber meldet Daily Telegraph aus New York, trotz des französischen Vetos sei man der Ansicht, daß Präsident Harding Regierung ihre Bemühungen fortsetzen werde, um eine Regelung der Reparationsfrage zustandzubringen. Daily News schreiben, wenn Deutschland ein Reparationsangebot mache, welches als vernünftig angesehen werden könne, seien die amerikanischen Finanzleute vielleicht bereit, einen gewissen Teil der deutschen Obligationen als Teilzahlung der Schulden der Alliierten zu übernehmen.

Simons Antwort an die Opposition

In der gestrigen Reichstags-Sitzung wurde die Rede über die auswärtige Politik fortgesetzt. Nachdem Dr. Stresemann gesprochen hatte, ergriff das Wort Dr. Simons: um auszuführen, er habe in London nicht gegen das Schuldbekenntnis Protest erhoben können, weil ja die Entente dieses Bekenntnis in Händen habe, und ein etwaiger rhetorischer Erfolg habe die Gefahren schwerer Schädigungen für das deutsche Volk bedeutet. Er habe aber den deutschen Standpunkt zur Schuldfrage schriftlich fixiert. Es wird das Bestreben der deutschen Regierung sein, die fremden Archive zu öffnen und dann die Schuldfrage unter neutraler Kontrolle feststellen zu lassen. Der Vorschlag, daß die Regierung zu wenig Vorläufer nach Amerika ausgestreckt habe, trifft nicht zu. Unser entsprechender Versuch ist gescheitert. Für die Behauptung, die Form unserer Note sei demütigend, ist mir kein Beweis erbracht worden. Wir sind bemüht gewesen, der Psyche der Gegenseite gerecht zu werden. Nun macht man uns das auch zum Vorwurf. Ein Begrüßter der deutschen Ehre ist in dem Schiedspruch nicht zu erblicken. Herr Helfferich hat mich als den Kämpfer für Gerechtigkeit bezeichnet, natürlich mit dem Hintergedanken, ich sei als Minister nicht brauchbar. Demgegenüber sage ich, daß ich zu lange Jurist bin, um für die Politik der alten Schule in Frage zu kommen. Ich stehe auf dem Standpunkte unbedingten Gerechtigkeitsgedankes. Ich gebe die Hoffnung nicht auf, daß wir doch noch zu Verhandlungen kommen werden. Freilich muß der Gerechtigkeitsgedanke mehr als bisher berücksichtigt werden. Wie die Franzosen bei den Reparationen rechnen, wird bewiesen dadurch, daß unsere Sachverständigen die Forderungen von 170 Milliarden auf 132 Milliarden zurückschrauben konnten, und selbst das ist zweifellos noch zuviel, andererseits ist doch die Forderung einer Entscheidungsfrist von 24 Stunden nicht geeignet, eine sachgemäße Verständigung zu erlangen. Ueber den Inhalt der Note wolle er nicht sprechen. Es mache aber den Eindruck, als ob der französische Außenminister sich der Wirkung der geplanten Sanktionen nicht mehr so sicher sei. Weber die Schweiz, noch Italien, noch die Tschechoslowakei wollen sich den Sanktionen anschließen, und was sonst verlautet, beruht auf Kombinationen. Daß Deutschland keine militärische Gefahr für Frankreich bedeutet, wird auch von England anerkannt. Weder gibt soann eine Ueberlicht über das Ergebnis der Waffenablieferung, die grandiose Leistung, die jemals ein Land geleistet hat. Wir besitzen nicht einmal tausend Kanonen. Unsere Festungen sind ohne Geschütze, aber ich habe noch nichts davon gehört, daß nun auch die anderen Staaten mit der Weltabstrüfung allmählich beginnen. Bisher hat nur Deutschland abgerüstet. Nur mit der deutschen Einwohnervorteil hapert es noch. In der Frage der Ausfuhrkontrolle verlangen wir ein Schiedsgericht. Gegenüber den Versuchen der Alliierten, uns Nichtinhabung unserer Verpflichtungen in der Entwaffnungsfrage vorzuhalten, muß festgestellt werden, daß wir unseren Pflichten ganz nachzukommen sind. Auch in der Frage der Bestrafung der

Kriegsverbrecher haben wir jetzt von der Aufnahme der Verhandlungen. Gegenüber dem großen politischen Heere von 800 000 Mann sind Besorgnisse im Osten wohl berechtigt; die Aufregung der Bevölkerung steigt und es muß etwas geschehen, um die Bevölkerung zu beruhigen. Die vorläufige Resolution des Ausschusses ist nicht am Platz. Eine Entscheidung sei der Waischaftskonferenz das gestern die Antwort gebracht, daß Polen bereits seit Januar abgerüstet. Das stimmt nicht zu unseren vorliegenden Informationen, denn neue Jahrgänge werden zu Weidungen eingesetzt, aber nicht wieder entlassen. Die Maßnahmen der deutschen Regierung sind nur darauf gerichtet, zu verhindern, daß die vertriebene Bevölkerung sich zu Unruhen hinreißen läßt. Die Verhandlungen mit Polen werden fortgesetzt. Namentlich große Wirtschaftskommisionen und die oberste Wirtschaftskommission bilden den Gegenstand der Verhandlungen. Mit der Teilung Oberschlesiens sind jedoch viele Polen nicht einverstanden. Das Problem ist aber so schwer, daß seine Lösung eine Schiedsfrage für Europa ist.

Die Untersuchung über die Unruhen in Mitteldeutschland hat zweifellos ergeben, daß ein Zusammenhang zwischen der kommunistischen Partei Deutschlands und Russland besteht. Für eine Beteiligung der Sowjetregierung in dessen haben sich keine Beweise erbringen lassen. Es besteht daher kein Anlaß, den Plan weiterer Verhandlungen mit Russland wegen Aufnahme von Handelsbeziehungen fallen zu lassen. Im übrigen vollzieht sich ein Wechsel in der Haltung der Sowjetregierung, die sich allmählich wieder den Forderungen der Weltwirtschaft anzupassen versucht. Auch in bezug auf den Wiederaufbau müssen wir in die Zukunft blicken, nicht nach rückwärts. Weder für Stimmern aus dem Auslande an, die ebenfalls allmählich den deutschen Standpunkt würdigen. (Bravo!)

Neue Enthüllungen Scheidemanns.

Warum die Friedensmission 1917 scheiterte. Nur zwei Bogen stark ist Scheidemanns neuestes Werk: Papst, Kaiser und Sozialdemokratie in ihren Friedensbemühungen im Sommer 1917 —, aber es ist das Interessanteste, was über die Friedensmöglichkeiten des Sommers 1917 geschrieben wurde. Das Schriftstück bringt die Wahrheit auf Grund amtlicher deutscher Dokumente und beweist, daß die damalige deutsche Regierung die vorhandenen Friedensmöglichkeiten absichtlich zerstörte. Nur ein paar kurze Auszüge aus der Broschüre: Der Kaiser spricht sich gegenüber Nuntius Pacelli Ende Juni warm für den Frieden aus: seine militärische Umgebung sabotiert dieses Bestreben mit Hilfe anonymen Briefe, die dem Kaiser als Dokumente von kagbuckelnden Heuchlern und Dönnersknechten unterbreitet werden. Doch die Friedensaktion des Papstes geht weiter und setzt nach der Annahme der Friedensresolution erst mit vollem Hochdruck ein — aber eines fordert Rom: ein klares Wort über Belgien! Nuntius Pacelli will am 4. August nach Berlin kommen, um die Antwort zu holen — er wird verdrängt, trotz seiner erneuten Bitte, bis zu dem 7. August 1917 stattfindenden Ententeskonferenz die Antwort zu haben. Berlin gibt diese Antwort nicht. Rom drängt weiter in mehreren Depeschen und Briefen. Der Ungläubliche Reichskanzler Michaelis gibt am 28. August auf erneutes Drängen des Papstes die parole aus, daß Deutschland das Obium eines etwaigen Scheiterns des böhmisches Vermittlungsversuches auf unsere Gegner abwälzen und sie ins Unrecht ziehen müsse, darum beabsichtigt er die Angelegenheit ziemlich diplomatisch zu behandeln. Danach ist gegenüber allen eindringlichen Bitten Rom gefandelt worden — trotz aller Mahnungen aus dem neutralen Ausland und aus Washington. Der Kaiser schreibt nun auf einmal: Es ist gut, daß Wilson hinausgeschmissen wird. Die päpstlichen Diplomaten in München, Bern, Brüssel, Haag, Wien bitten anfangs September händelringend um eine Antwort über Belgien; der englische Gesandte am Vatikan sagt dem Kardinalstaatssekretär in diesen Tagen, daß eine günstige Antwort über Belgien der für England wichtigste Punkt sei. Das Berliner Auswärtige Amt erklärt das alles sofort in amtlicher Form alles umsonst, denn Berlin weigert sich, ein klares Wort über Belgien Unabhängigkeit zu sprechen. Darauf erklärt der Nuntius in München am 29. September, daß die Friedensaktion des Papstes damit als gescheitert anzusehen sein dürfte, bis er noch am 30. August als ungemein ausführlich bezeichnet hatte. Auf Grund dieser unüberlegbaren Dokumente sagt Scheidemann: Sie sprechen eine erschütternde Sprache. Als im Juli 1919 der damalige Finanzminister Erzberger, der das mir jetzt bekannte Material wahrscheinlich damals nicht gekannt hat, in der Nationalversammlung einige dürftige Angaben über die Vorgänge im Sommer 1917 machte, erregte das schon eine hier beispiellose parlamentarische Sensation. Scheidemann erbringt den Beweis, daß im Sommer 1917 die Vertrauensleute des Reichstages von der Regierung noch weit schlimmer getäuscht worden sind, als man bisher angenommen hat und daß von Berlin aus das Gegenteil von dem geschehen ist, was der Papst als unerlässlich bezeichnet